

NACHGEFRAGT Monika Schnitzer

»Mehr Transparenz wagen«

Die neue Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik fordert eine Erfolgskontrolle von Gesetzen – und verteidigt die Ökonomen – gegen den Vorwurf der wissenschaftlichen Einseitigkeit.



Frau Schnitzer, im Januar übernehmen Sie den Vorsitz des Vereins für Socialpolitik (VfS) – als erste Frau in der 141-jährigen Geschichte der Ökonomenvereinigung. Ist das ein Beleg dafür, dass Frauen in der Wirtschaftswissenschaft auf dem Vormarsch sind?

Zumindest hat sich die Situation deutlich verändert. Als ich in den Achtzigerjahren in Köln studierte, waren in Deutschland gerade mal drei Prozent der Professoren weiblich. Heute sind es deutlich mehr. Es gibt eine neue Generation erfolgreicher Frauen in der Wirtschaftswissenschaft; in den USA ist dieser Trend noch stärker ausgeprägt als bei uns. Eine Reihe deutscher Ökonominen arbeitet heute an renommierten US-Hochschulen. Nehmen Sie nur Monika Piazzesi, Muriel Niederle und Petra Moser in Stanford. Oder Ulrike Malmendier in Berkeley.

Was wollen Sie als VfS-Chefin erreichen?

Zunächst möchte ich den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft verbessern. In anderen Ländern gibt es eine deutlich bessere Kommunikation zwischen diesen Bereichen. **Das ist sehr zurückhaltend ausgedrückt. Die Entfremdung zwischen Politikern und Ökonomen ist in Deutschland mit Händen zu greifen. Finanzminister Schäuble redet gern von den „sogenannten Experten“.** Auf Arbeitsebene ist der Austausch mit den Ministerien bes-

DIE NEUE

Schnitzer, 52, ist Professorin für komparative Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Januar übernimmt die gebürtige Mannheimerin und Mutter von drei Kindern den Vorsitz des Vereins für Socialpolitik – als erste Frau an der Spitze der traditionsreichen Ökonomenvereinigung. Schnitzer ist zudem Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsministeriums.

ser, als viele glauben. Aber insgesamt ist das Verhältnis stark verbesserungsbedürftig. Da gibt es viele Vorurteile und Missverständnisse. Auch gegenüber der Öffentlichkeit stehen wir Ökonomen vor einer großen Kommunikationsaufgabe. Die einen werfen den Ökonomen vor, die Finanzkrise nicht vorhergesehen zu haben, andere kritisieren, wir beschäftigten uns zu wenig mit realen Problemen.

Und? Halten Sie die Vorwürfe für unbegründet?

Überwiegend ja. Dass Volkswirte die Krise nicht haben kommen sehen, ist schlichtweg falsch. Ökonomen wie Martin Hellwig etwa haben schon vor Jahren vor einer unzureichenden Regulierung des Bankensektors gewarnt. Auch die Probleme im US-Immobilienmarkt sind von Wissenschaftlern thematisiert worden. Das wollte aber niemand hören, die Politik schon gar nicht.

Trotzdem muss sich die Wirtschaftswissenschaft vorhalten lassen, die Finanzmärkte in ihren gängigen Erklärungsmodellen ignoriert zu haben. Hat sich das seit der Krise verändert?

Es ist zumindest ein Prozess in Gang gekommen, die Finanzmärkte stärker zu integrieren. Die Makroökonomie hatte sich seit den Achtzigerjahren vor allem Gedanken darüber gemacht, warum die konjunkturellen Ausschläge abnehmen. Wie Krisen entstehen und sich vermeiden lassen – das ist erst seit der Finanzkrise wieder stärker in den Fokus gerückt.

Es haben sich diverse Protestbewegungen gegen den Mainstream der VWL gebildet, etwa das Netzwerk Plurale Ökonomik. Auch der US-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hat gerade mehr wissenschaftlichen Pluralismus gefordert. Ist der Vorwurf gerechtfertigt, die VWL sei einseitig auf die neoklassische Theorie fixiert?

Die Kritik entzündet sich weniger an methodischen Grundlagen als an bestimmten Wertur-

teilen. Da wird viel mit dem Kampfbegriff „neoliberal“ gearbeitet. Die Debatte um das Buch von Thomas Piketty und seine Thesen zur Vermögensverteilung beweist aber, wie viel Raum für konträre Debatten es in unserer Profession gibt.

Gleichwohl dominieren im VWL-Studium immer noch makroökonomische Gleichgewichtsmodelle und die Annahmen von rationalen Menschen und funktionierenden Märkten.

Richtig. Ein Ökonom braucht ein theoretisches Fundament. Wer versteht, wie ein Markt im Idealfall funktioniert, hat ein Referenzsystem für die Analyse von Abweichungen – wie beschränkt rationalem Verhalten, asymmetrischen Informationen oder unvollständigem Wettbewerb. Ein Klavierspieler muss auch erst mal die Tonleiter beherrschen, bevor er Konzerte gibt.

Halten Sie jemanden für einen guten Ökonomen, der virtuos mit abstrakten Modellen und Regressionsgleichungen hantieren kann, aber Adam Smith für den Torwart von Manchester United hält?

Na, der war dann nicht in meinen Vorlesungen. Im Ernst: Ich sehe darin kein grundsätzliches Problem. Auch unter Wissenschaftlern gibt es Arbeitsteilung. Zudem gibt es einen Trend zur Teamarbeit. Das hat den Effekt, dass der methodisch-abstrakt ausgerichtete Ökonom plötzlich neben einem Empiriker und einem Kollegen

»Das Verhältnis zur Politik ist stark verbesserungsbedürftig«

aus der Politikberatung sitzt.

Wenn die zusammenarbeiten und sich ergänzen, kann daraus relevante – und publizierbare – Forschung entstehen.

Ein weiterer Vorwurf der Kritiker lautet, die VWL arbeite zu wenig interdisziplinär. Sehen Sie das auch so?

Nein. Natürlich gibt es noch Luft nach oben, aber insgesamt hat sich die fächerübergreifende Kooperation in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Nehmen Sie nur die Neuroökonomie im Grenzgebiet zur Medizin oder die boomende Verhaltensökonomie mit ihren engen Bezügen zur Psychologie. Viele Probleme unserer Zeit sind nur noch interdisziplinär zu lösen.

Wie viel Raum gibt die anstehende Vfs-Jahrestagung den Kritikern?

Es gibt für die sogenannten „heterodoxen Ökonomen“ erstmals eine eigene Session, in der sie Forschungsergebnisse präsentieren können. Darauf bin ich sehr gespannt.

Sollten auch die Hochschulen heterodoxen Theorien wieder mehr Raum einräumen – sagen wir: dem Marxismus und der Österreichischen Schule?

Nein. Die Ressourcen für wirtschaftswissenschaftliche Lehrstühle sind begrenzt – und eine Professur für Marxismus wäre nicht das, was wir am dringendsten brauchen, um aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu beantworten.

Viele Studenten beklagen, das dichte Bachelor-Programm lasse keine Zeit für Studien rechts und links des Lehrstoffes.

Mag sein. In sechs Semestern kann man nicht die ganze Welt erklären. Es ist aber nicht verboten, ein gutes Buch zur Wirtschaftsgeschichte in der Freizeit zu lesen oder sich auch mal mit nicht prüfungsrelevanter Literatur zu beschäftigen. An unserer Fakultät bieten wir in diversen freiwilligen Seminaren die Gelegenheit, sich über den Prüfungsstoff hinaus mit relevanten Themen zu befassen.

Wie wird sich die VWL in den nächsten Jahren entwickeln?

Seit einigen Jahren wird viel Wert auf Kausalitätsanalysen gelegt, um besser zu verstehen, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen funktionieren. Die empirische Forschung wird künftig aber stärker theoretisch unterfüttert werden müssen. Es reicht vielen Ökonomen nicht mehr aus, herauszufinden, was funktioniert. Man will auch den Grund wissen. Mit einer theoretisch unterfütterten Kausalitätsanalyse können wir besser beurteilen, ob zum Beispiel ein Hilfsprojekt, das in Indien funktioniert, auch für Pakistan geeignet ist. Oder ob sich ein Förderprogramm für Landwirte auf Kleingewerbetreibende übertragen lässt. Parallel dazu dürfen wir einen weiteren Vormarsch der experimentellen Wirtschaftsforschung erleben...

...also Verhaltenstests mit bestimmten Personengruppen im Labor.

Nicht nur. Hinzu kommen Feldexperimente, auch mit kompletten Unternehmen. Es gibt dazu erste Versuche in Indien und Dänemark. Da schaut man sich etwa an, ob sich Betriebe- »

Große Namen

Der Verein für Socialpolitik (VfS) ist mit rund 3800 Mitgliedern die größte und einflussreichste Ökonomenvereinigung im deutschsprachigen Raum. Vom 7. bis 10. September findet in Hamburg die Jahrestagung statt. In über 100 Arbeitskreisen und Foren wollen sich die Wissenschaftler mit neuen Entwicklungen der

VWL und dem Leitthema „Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik“ beschäftigen.

Der Verein wurde 1873 von sogenannten Kathedersozialisten gegründet – als Denkfabrik gegen Manchester-Liberalismus und Sozialismus gleichermaßen. Große Namen wie Gustav von Schmoller, Alexander Rüstow und Max Weber traten ihm bei. Heute steht der VfS für einen pragmatisch-marktwirtschaftlichen Kurs.

» be, denen die Hilfe eines Unternehmensberaters angeboten wird, anders verhalten als Konkurrenten, die keinen Zugang zu externer Beratung haben.

Und was sind die inhaltlichen Zukunftsthemen in der VWL? Zunächst natürlich das Wechselspiel zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft. Aber auch die Verteilungsfrage gewinnt an Bedeutung – hier hat das Piketty-Buch einiges losgetreten. Die Frage, nach welchen Gesetzmäßigkeiten Ungleichheit entsteht und wie viel Ungleichheit tolerierbar ist, wird die Ökonomen künftig sicher stärker beschäftigen als früher. Ein weiteres Zukunftsthema ist die mikroökonomische Fundierung der Wachstumstheorie: Warum etwa sind Unternehmen und Staaten so heterogen in ihrer Produktivität?

Der Verein für Socialpolitik hat sich für seine Jahrestagung das Leitthema „Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik“ ausgesucht. Ging es nicht ein bisschen weniger sperrig?

Wieso sperrig? Das ist ein zentrales Thema, das ich auch persönlich in meiner Amtszeit vorantreiben möchte. Die Politik gibt Milliardensummen für Fördermaßnahmen aus, ohne zu überprüfen, ob diese überhaupt funktionieren. Typischerweise gibt es vorher eine Analyse, welche Ziele man erreichen möchte – aber eine methodisch saubere Evaluation hinterher findet sehr selten statt.

Sondern?

Oft läuft die Erfolgskontrolle so ab, dass ein Institut einen Fragebogen an die geförderten Personen oder Unternehmen schickt. Die haben kein Interesse, die Maßnahme, von der sie profitieren, zu kritisieren. Der einzige Bereich, wo wir die Wirksamkeit von Maßnahmen regelmäßig und methodisch überzeugend überprüfen, ist die Arbeitsmarktpolitik.

Wie würde ein Projekt-Check im Optimalfall aussehen?



Man muss mit Kontrollgruppen arbeiten und im Idealfall Experimente machen. Das heißt: Man schaut sich eine geförderte Gruppe an und vergleicht ihr Verhalten mit dem einer ähnlichen Gruppe, die keine Förderung erhält. Allerdings braucht die Politik Geduld. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass bei vielen Maßnahmen eine Bewertung erst nach einigen Jahren möglich ist.

Welche Länder machen es besser als wir?

In der Schweiz ist in der Verfassung eine Vorgabe verankert, dass ausgabenwirksame Projekte auf ihre Wirksamkeit hin untersucht werden müssen. Auch in den USA ist die Erfolgskontrolle politischer Maßnahmen vielfach institutionalisiert. Das US-Arbeitsministerium etwa unterhält ein Evaluation Office, das sich um die Erfolgskontrolle von Gesetzen kümmert. Dort wird auch eigene wissenschaftliche Expertise aufgebaut: Wer Gutachten vergibt, muss ja auch einschätzen können, ob die was taugen.

Evaluierung kostet Geld. Wer soll das bezahlen?

Man muss es natürlich ökonomisch organisieren. Bei einem 100 000-Euro-Projekt lohnt sich keine aufwendige Erfolgskontrolle. Umso mehr Ressourcen sollten wir in die Überprüfung großer Programme stecken. Wenn die eingestellt werden, weil sie nichts bringen, nutzt

»Viele Probleme unserer Zeit sind nur **interdisziplinär** zu lösen«

das ja auch der Staatskasse. Das Evaluation Office im US-Arbeitsministerium verfügt über ein Budget von 0,5 bis 1,0 Prozent der Ausgaben für Fördermaßnahmen.

Wie wollen Sie die Unabhängigkeit der Prüfer gewährleisten? Besteht nicht die Gefahr, dass die Auftragnehmer alles loben, was die Politik macht – weil es sonst keine Folgeaufträge gibt?

Dieses Risiko ist beherrschbar, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir müssen mehr Transparenz wagen. Das ist der beste Schutz vor Gefälligkeitsgutachten.

Was meinen Sie damit?

Die Politik sollte sich verpflichten, alle Studien zu veröffentlichen und die kompletten Daten der Wissenschaft zugänglich zu machen. So können sogenannte Replikationsstudien entstehen, in denen andere Ökonomen die Arbeit der Kollegen hinterfragen. Auf diese Weise entsteht ein produktiver wissenschaftlicher Wettbewerb. Wer ein stromlinienförmiges Gutachten oder methodisch nicht valide Ergebnisse vorlegt, muss sich einer Debatte stellen,

die für die eigene Reputation unangenehm werden kann. **Das würde aber bedeuten, dass die Regierung auch Gutachten veröffentlichen muss, die ihre Gesetze als Murks entlarven.** So ist es. Derzeit verschwinden solche Studien oft in der Schublade.

Glauben Sie ernsthaft, Verkehrsminister Dobrindt würde eine Studie präsentieren, die seine Pkw-Maut zerreißt? Die von Ihnen geforderte Transparenz ist in der Praxis doch gar nicht durchsetzbar.

Ich räume ein, es ist schwierig und erfordert viel Überzeugungsarbeit. Das Problem sind ja nicht nur die Minister, sondern auch die Ebenen darunter. Der zuständige Abteilungsleiter betrachtet es sicher nicht als karrierefördernd, wenn sich sein Programm als wirkungslos erweist. Wir müssen ein Evaluierungsdesign entwickeln, das interne Widerstände reduziert. Man könnte etwa mehrere Maßnahmen vergleichen und am Ende sagen, welche am besten funktioniert. Sinnvoll wäre auch, Förderprogramme wie in Großbritannien generell zu befristen. So entsteht automatisch der Zwang, über auslaufende Maßnahmen zu diskutieren. Wesentlich ist es aber, die Verpflichtung zu Wirkungsanalysen gesetzlich zu verankern. **Reicht das Datenmaterial in Deutschland aus, um die Folgen einer Maßnahme vernünftig bewerten zu können?** Ein heißes Thema! In anderen Staaten sind Datensätze verfügbar, von denen können wir nur träumen. Unternehmensdaten etwa erhalten Wissenschaftler in Deutschland aus Datenschutzgründen meist nur aggregiert. Die Behörden in Frankreich, Großbritannien und Skandinavien sind da weniger restriktiv. Da gibt es zum Teil Daten zu Forschungsausgaben, Fördergeldern, Steuern und Exporten, die sich bis auf Betriebsebene herunterbrechen lassen.

bert.losse@wiwo.de